



EU-Gipfel vom Iran-Krieg überschattet

Der Krieg in Nahost, Russlands Krieg gegen die Ukraine, die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse – all dies erfordert eine Rückbesinnung Europas auf eigene Fähigkeiten. „Wir brauchen ein neues Bewusstsein für unsere Stärke“, appellierte Unionsfraktionschef Jens Spahn an die Staats- und Regierungschefs der EU, die in Brüssel zu ihrem Frühjahrsgipfel zusammenkommen. Die Europäische Union habe Marktmacht, aber ihr fehle oft der Wille zu politischer Macht. Auch Kanzler Friedrich Merz rief die EU auf, „geschlossen und zielstrebig“ die Freiheit und die Sicherheit des Kontinents in die eigene Hand zu nehmen.

Der Kanzler gab im Bundestag eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel ab, der auf Initiative Deutschlands die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums in den Mittelpunkt rückt. Gleichzeitig wird es um den Krieg der USA und Israels gegen Iran gehen, der den Gipfel überschattet. Nicht nur stört es die Europäer, dass US-Präsident Donald Trump sie vor Beginn des Krieges nicht konsultiert hat, sie tragen auch die Konsequenzen mit Blick auf Lieferketten und Energiesicherheit. Merz unterstrich: „Wir hätten abgeraten, diesen Weg so zu gehen.“ Nichtsdestoweniger bekannte er sich zur Partnerschaft mit den USA und wies dem Mullah-Regime die Verantwortung für die gegenwärtige Krise zu. „Wir wollen nicht, dass dieser Krieg zur Belastung der transatlantischen Partnerschaft wird.“ Der Chef der CSU im Bundestag, Alexander Hoffmann, wertete es als gut, dass das Regime in Teheran empfindlich getroffen und seine militärische Infrastruktur zerstört wurde. Dies sei ein „Gewinn für unsere Sicherheit“.

Wie Merz, so nannte auch Jens Spahn die USA und Israel die engsten Verbündeten Deutschlands außerhalb Europas. „Aber enge Partnerschaft bedeutet eben nicht blinde Gefolgschaft“, betonte er. Spahn formulierte die Erwartung, dass die Europäer in strategische Überlegungen einbezogen werden. „Dieser Krieg sollte bald enden, umso früher, desto besser“, mahnte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende: „Aber nicht um jeden Preis.“ Denn sollte das Terrorregime in Teheran gestärkt aus dem Krieg hervorgehen, dann würde es noch entschlossener nach der Atombombe greifen. Es würde weiter den Terror in den Nachbarländern finanzieren und somit dauerhaft Frieden und Stabilität in Nahost gefährden.

In dieser Situation rief Spahn die Europäer auf, ihre Marktmacht zu nutzen, „um die Dinge in unserem Sinne zu beeinflussen“. Die Welt habe das Tempo erhöht. Die Politik der Großmächte sei hart, hektisch und hitzig. „Europa fährt zu oft noch im alten Gang“, kritisierte er. Deshalb müsse die EU ihre Entscheidungsmechanismen ändern, damit einige Mitgliedstaaten als Koalition der Willigen – „als Europa der Pioniere“ – vorangehen könnten. Wirtschaftlich gesehen brauche die EU eine „Aufhol-Agenda“ – von der Vollendung des Binnenmarktes, über die Errichtung einer Kapitalmarktunion und einer Energieunion bis hin zum schnelleren Abschluss von Handelsabkommen. Unabdingbar sei auch, dass die Bürokratie zurückgebaut werden. Ähnlich äußerte sich der Kanzler: „Nur vereint haben wir europäischen Staaten auch ein Machtpotenzial.“ Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, der Abbau von Bürokratie sei der „Schlüssel für unsere Stärke“. Er betonte: „Was wir an Regulierung nicht brauchen, muss weg.“ Auch den Abschluss neuer Handelsabkommen mahnte er an. Sie bedeuteten neue Chancen und mehr Widerstandsfähigkeit gegen geökonomische Verwerfungen. Mit Blick auf die USA forderte er das Europaparlament zur schnellen Ratifizierung der gemeinsamen Zollvereinbarung auf. All dies trage bei zur „Selbstbehauptung dessen, was wir die freie Welt nennen“. Europa müsse seine eigenen Interessen benennen und verfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

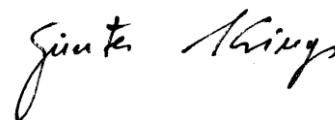


die als Folge des Iran-Krieges gestiegenen Ölpreise werden für Verbraucher und Unternehmen zu einer immer größeren Belastung. Teilweise haben sich Kraftstoffpreise an deutschen Tankstellen deutlich stärker erhöht als die Rohölpreise. Damit werden auch in der aktuellen Krise – ähnlich wie nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – die Wettbewerbsdefizite und Preiserhöhungspotenziale auf den deutschen Kraftstoffmärkten besonders sichtbar.

Ein Paket zur Dämpfung der Kraftstoffpreise wird in dieser Woche in den Bundestag eingebracht und in der kommenden Woche verabschiedet. Um Druck aus dem Markt zu nehmen, wird ein Teil der Ölreserve freigegeben. Tankstellen dürfen künftig nur noch einmal am Tag die Preise für Benzin und Diesel erhöhen. Wir sorgen dafür, dass nicht alle paar Minuten die Preise an den Zapfsäulen geändert werden. Senken dürften die Tankstellen ihn jedoch jederzeit. Diese Regelung orientiert sich am bisher bestehenden Modell in Österreich. Verstöße gegen das Verbot der mehrfachen Preiserhöhungen können mit einem Bußgeld von bis zu 100 000 EUR geahndet werden.

Außerdem wird es eine Verschärfung des Kartellrechts geben. Um den Wettbewerb auf dem Kraftstoffgroßhandelsmarkt mittel- bis langfristig zu stärken, werden dazu zwei Maßnahmen ergriffen: Zum einen wird die Missbrauchsaufsicht im Kraftstoffgroßhandel durch eine Umkehrung der Darlegungs- und Beweislast zugunsten der Kartellbehörden erleichtert. Zweitens werden Kartellbehörden strukturelle Wettbewerbsprobleme insbesondere im Kraftstoffmarkt schneller und zielgerichteter adressieren können, dafür wird das kartellbehördliche Verfahren im Nachgang zu Sektoruntersuchungen gestrafft und vereinfacht. Dieser Weg ist der richtige: wir subventionieren den Ölpreis nicht mit Steuergeld, weil das einen zusätzlichen Druck auf neue Schulden bedeuten würde, aber wir sorgen für eine geordnete Märkte im Sinne von Ludwig Erhard - auch durch ein starkes Kartellrecht. Künftig müssen die Konzerne also beweisen, dass sie sich nicht über Gebühr bereichern.

Herzliche Grüße aus Berlin!



Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Rechenzentrumsstrategie: Technologische Souveränität wird unsere Zukunft entscheiden

Nur mit leistungsstarken Rechenzentren können wir digitale Technologie selbstbestimmt entwickeln, bereitstellen und sicher nutzen – auf internationalem Spitzenniveau. Rechenzentren leisten somit einen entscheidenden Beitrag zu unserer digitalen Souveränität: Wir können unsere eigenen, technologischen Schlüsselbereiche und Innovationen besser schützen und kritische Abhängigkeiten reduzieren.

Mit dem Kabinettsbeschluss der Rechenzentrumstrategie kommen wir auf diesem Weg einen entscheidenden Schritt voran. Zudem setzen wir einen bedeutsamen Auftrag aus dem gemeinsamen Koalitionsvertrag um.

Mit der Strategie wollen wir Deutschland zu einem führenden und attraktiven Standort für Rechenzentrumskapazitäten weiterentwickeln. Ziel ist es, das Rechenleistung genauso schnell wachsen kann wie der entsprechende Bedarf von Wirtschaft (Start-Ups, Mittelstand, Industrie), Wissenschaft und Forschung, öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Bis 2030 wollen wir so die Rechenzentrumskapazitäten in Deutschland mindestens verdoppeln und die Kapazitäten für Hochleistungs-Computing (HPC) und Künstliche Intelligenz mindestens vervierfachen. Vorschläge für Flächen kommen von politischer Seite, die finale Entscheidung, wo ein Rechenzentrum errichtet wird, bleibt bei den privatwirtschaftlichen Akteuren. Dabei werden nachhaltige Aspekte und eine resiliente regionale Aufstellung berücksichtigt.

„Technologische Souveränität wird unsere Zukunft ganz wesentlich entscheiden. Mit der Rechenzentrumsstrategie haben wir den Architekturplan, der uns geopolitisch weiter nach vorn führen kann. Aber Papier alleine reicht nicht - jetzt muss schnell und konsequent die Umsetzung folgen. Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht,“ erklärt Ralph Brinkhaus, Sprecher der Arbeitsgruppe Digitales und Staatsmodernisierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Impressum:

Ausgabe Nr. 05/2026,
20. März 2026

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Wir geben der Anwendung Künstlicher Intelligenz einen Rahmen

Die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Umsetzungsgesetzes der **europäischen KI-Verordnung** in dieser Woche ist der Auftakt für eine intensive parlamentarische Beratung im Spannungsfeld von Vertrauen, Sicherheit und Innovationen. Unser Ziel ist es, die europäischen Vorgaben in praxistaugliches Recht umzusetzen, um Unternehmen und Behörden die nötige Rechtssicherheit zu geben.

Außerdem sieht der Gesetzesentwurf vor, dass für die Notifizierung von KI-Systemen auf bestehende Strukturen und behördliche Expertise zurückgegriffen wird, um Doppelarbeit zu vermeiden und bewährte Fachkompetenz zu nutzen. Das stellt sicher, dass die hohen europäischen Standards für Sicherheit, Transparenz und Überwachung von Hochrisiko-KI-Systemen effektiv gewährleistet bleiben und gleichzeitig der bürokratische Aufwand so gering wie möglich gehalten wird.

Freiheit mit Verantwortung neu justieren – Wissenschaft stärken, Innovationen ermöglichen

Mit der ersten Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes setzen wir ein klares Standortsignal. Wir vertrauen unserer Wissenschaft und geben ihr die Instrumente an die Hand, die sie im internationalen Vergleich braucht.

Um im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen und mit ihrer Forschung einen Beitrag zum Gemeinwohl erbringen zu können, sollen projektgeförderte gemeinnützige Forschungseinrichtungen künftig ihre Beschäftigten durch die Zahlung von Gehältern oder Gehaltsbestandteilen besserstellen dürfen als vergleichbare Bundesbeschäftigte, soweit sie dafür keine öffentlichen Mittel einsetzen. Wir stärken damit die Freiheit der Forschung und schaffen gleichzeitig klare Regeln für Verantwortung und Transparenz.